S.-H. Gemeindetag • Reventlouallee 6 • 24105 Kiel

Empfänger
der SHGT – info – intern
- Ämter
- Gemeinden
- Zweckverbände
im Verbandsbereich des SHGT

24 105 Kiel, 28.09.2012

Reventlouallee 6/ II. Stock
Haus der kommunalen Selbstverwaltung
Telefon: 0431 570050-50
Telefax: 0431 570050-54
E-Mail: info@shgt.de
Internet: www.shgt.de

Aktenzeichen: Bü/Bl
Zuständig: Herr Bülow
Telefon/Durchwahl: 50

-

SHGT - info - intern Nr. 126/12

Beispiellose Beschimpfung der Gemeinden durch die Regierungskoalition

In bisher beispielloser Weise hat am 27. September 2012 im Landtag der Fraktionsvorsitzende des SSW die Arbeit beschimpft, die mehr als 12.000 Ehrenamtler in über 1.000 Gemeinden und kleinen Städten für über 50 % der Landesbevölkerung leisten.

In der veröffentlichten Rede heißt es u. a., „Kleine, reiche Umlandgemeinden saugen die großen Städte aus“, „die kleinteilige Struktur“ verhindere „klare Entscheidungswege und behindert die kommunale Demokratie“, kleine Kommunen „blockten entsprechende Bitten“ der Städte „um Solidarität ab“, es gäbe einen „immensen Schaden innerhalb der kommunalen Struktur“, leistungsfähige Kommunen würden ausgeblutet „während sich die Schlafgemeinden hinter ihren Gemeindegrenzen verschanzen konnten“. Es gehe um „Dorf-Bürgermeister“, „deren Gemeinden kaum noch eigene Aufgaben erfüllen“. Die Presseerklärung des SSW ist als **Anlage 1** beigefügt.

Die neue Regierungskoalition fällt damit auch unseren Bemühungen in den Rücken, für die Kandidatur von Bürgern bei der Kommunalwahl und kommunalpolitisches Engagement zu werben. Möglicherweise lässt die Koalition damit aber auch erkennen, was die Gemeinden und kleinen Städte nach der Kommunalwahl 2013 von der Koalition zu erwarten haben.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag hat den wütenden Angriff der Koalition auf das gemeindliche Ehrenamt mit einer Presseerklärung am gleichen Tag zurückgewiesen (**Anlage 2**). Wir werden die übrigen Koalitionspartner auffordern, sich zu dem Vorstoß des SSW zu äußern.

- Ende info - intern Nr. 126/12 -

Anlagen

Pressemitteilung

Pressemitteilung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages

Herausgeber: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, Reventlouallee 6, 24105 Kiel
E-Mail: info@shgt.de Internet: www.shgt.de

Telefonische Rückfragen: (0431) 570050-50

Kiel, den 27. September 2012

Rundumschlag des SSW gegen Gemeinden ist Dokument völliger Ahnungslosigkeit

„Die heutige Beschimpfung von mehr als 1.000 Gemeinden durch den SSW im Landtag ist von völliger Ahnungslosigkeit geprägt“, reagierte **Jörg Bülow,** Landesgeschäftsführer des Gemeindetages, auf die heutige Landtagsdebatte zur kommunalen Haushaltskonsolidierungshilfe. Keine der Behauptungen des SSW zu kommunalen Strukturen, gemeindlichen Aufgaben, kommunaler Solidarität und zum Finanzausgleich habe etwas mit der Wirklichkeit zu tun.

„Wir fordern den SSW auf, zur einer sachlichen Diskussion zurückzukehren und die „Wutrede“ in Ton und Inhalt zurückzunehmen“, so **Bülow** weiter. Die Koalition müsse klären, welches Verhältnis sie zu mehr als 1.000 Städten und Gemeinden mit mehr als 12.000 Ehrenamtlern und mehr als 1,4 Mio. Einwohnern hat.

Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg
Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Presseinformation

Kiel, den 27. September 2012
Es gilt das gesprochene Wort

Lars Harms

TOP 11 Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe
Drs. 18/192

Die kommunale Struktur Schleswig-Holsteins ist nicht optimal. Sagen wir es einmal so. Tatsächlich verhindert die kleinteilige Struktur klare Entscheidungswege und behindert die kommunale Demokratie. Kleine, reiche Umlandgemeinden saugen die großen Städte aus und die Gießkannenpolitik der letzten Jahre tat ihr übriges, um die Ungleichverteilung zu zementieren.
Es liegt also eine Menge im Argen und darum ist ein Neuanfang unumgänglich: neue Regelungen, neue Finanzströme und neues Vertrauen!
In einem ersten Schritt nehmen die Regierungsfraktionen eine Notoperation vor und erhöhen die Mittel für die Fehlbetragszuweisungen. Die betragen 90 Mio. Euro für den Zeitraum bis 2018 statt bis 2021.

Die letzte Landesregierung hatte sich auf den Standpunkt versteift, dass die Kommunen mit hohem Fehlbedarf - kurz gesagt - selbst schuld seien und dementsprechend an die Kandare genommen werden müssten. Das ist eine krude und verkehrte Sichtweise, die

SSW IM LANDTAG

vielleicht mit der unzureichenden Verankerung der CDU in den größeren Städten unseres Landes zu tun hat. In der CDU haben eben die Dorf-Bürgermeister das Wort. Bürgermeister, deren Gemeinden kaum noch eigene Aufgaben erfüllen bzw. erfüllen können. Die größeren Städte gerieten darum in den letzten Jahren stark ins Hintertreffen und fühlten sich in die Rolle der Bittsteller gedrängt. Die kleinen Kommunen, die über ausreichende Reserven verfügen, blockten entsprechende Bitten um Solidarität ab. Das konnte sie tun, weil sie mit dem Wohlwollen des CDU-Innenministers rechnen konnten. Umverteilung, das böse U-Wort, kommt in den Papieren der letzten Jahre überhaupt nicht vor. So sehen ideologische Scheuklappen aus! Diese sind verantwortlich zu machen für immensen Schaden innerhalb der kommunalen Struktur.
Leistungsfähige Kommunen wurden ausgeblutet, während sich die Schlafgemeinden hinter ihren Gemeindegrenzen verschanzen konnten. Hart betroffene Großstädte mit ihren sozialen Problemen und den überregionalen Angeboten, also mit der größeren Last, bekommen jetzt mit dem neuen Gesetz Unterstützung und die wird solidarisch von allen, vor allem von den Kleinst-Kommunen finanziert.

Gemeinsam sind wir stark. Das sollte das neue Motto der Kommunalstrukturen sein und das wird von den Kommunen gefordert. Uns ist natürlich bewusst, dass beides, also die Aufstockung des Finanzausgleiches und die Umverteilung der Lasten, nur Bausteine für eine neugestaltete, leistungsfähigere kommunale Struktur in Schleswig-Holstein sein können.
Wir brauchen eine Aufbruchsstimmung in den Kommunen. Und die wiederum hängt von den Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort ab. Darum war es in letzter Zeit nicht gut bestellt. Effektive Konsolidierung sollte nicht nur Löcher stopfen und bevormunden, sondern letztlich den betroffenen Kommunen ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurück

SSW IM LANDTAG

geben. Selber entscheiden zu können, bleibt das alleroberste Ziel der Kommunalpolitik. Alles andere käme einer Entmündigung gleich. Die lehnen wir ab!

Darum soll auch diese unsinnige Regelung, die ab diesem Jahr gilt, aus der Welt geschafft werden, wonach mögliche Konsolidierungsempfänger-Kommunen für das jeweilige Vorjahr keine Fehlbetragszuweisungen erhalten. Die alte Regierung begründete ihre Regelung damals damit, dass sie den Kommunen die Abkürzung auf die vermeintlich leichteren Konsolidierungsmittel verbauen wollte. Als ob die Kommunen Kinder seien, den man auf die Finger klopfen müsse, bevor sie in den Süßigkeiten-Topf greifen. Die alte Regelung führte eine unsinnige Maßregelung ein und hat aus diesem Grund in den Kommunen für großen Unmut gesorgt. Deshalb ist wird diese Regelung jetzt abgeschafft.

Stattdessen gewährt der vorliegende Entwurf den Kommunen die Freiheit, zwischen Konsolidierungshilfe und Fehlbetragszuweisung zu wählen. Diese Wahlfreiheit haben die Kommunen immer wieder gefordert, schließlich wissen sie am allerbesten, wie es bei ihnen vor Ort aussieht.
Diese Wahlfreiheit steht nicht zuletzt für ein neues Verhältnis zwischen Landesregierung und den Kommunen. Gängelung und Maßregelung waren in den letzten Jahren an der Tagesordnung. Im Übrigen steht es für uns außer Frage, dass natürlich die Konsolidierungsmaßnahmen, die schon eingeleitet worden sind, auch bei der Gewährung der neuen Finanzhilfen mit berücksichtigt werden. Auch das ist ein neuer Stil und trägt zu einem verbesserten Verhältnis zwischen Land und Kommunen bei. Das Verhältnis wird sich jetzt, um es auf einen Nenner zu bringen, demokratisieren. Und das ist gut so!

SSW IM LANDTAG

Gemeinden des
Amtes Moorrege
Amtsstraße 12
25436 Moorrege
www.amt-moorrege.de

Gemeinde Groß Nordende | **Gemeinde Neuendeich** | **Gemeinde Heist**

Herrn
Lars Harms
Schillerstr. 34
25813 Husum

nachrichtlich:

Landesvorsitzender des SSW
Herr Flemming Meyer
Handewitt-Busch 10
24983 Handewitt

Rede am 27.09.2012 vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe

Sehr geehrter Herr Harms,

mit großer Bestürzung haben wir Ihre Rede am 27.09.2012 vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe gelesen. In dieser Rede gehen Sie auf die kommunale Struktur in Schleswig-Holstein ein. Sie sprechen davon, dass „die kleinteilige Struktur klare Entscheidungswege verhindert und die kommunale Demokratie behindert." Sie kommen zu den nicht weiter begründeten Aussagen, dass „kleine, reiche Umlandgemeinden die großen Städte aussaugen" und dass diese Gemeinden „kaum noch eigene Aufgaben erfüllen bzw. erfüllen können". Die ungeheuerlichste Aussage „die leistungsfähigen Kommunen werden ausgeblutet, während sich die Schlafgemeinden hinter ihren Gemeindegrenzen verschanzen konnten" wollen wir in diesem Schreiben gar nicht erst kommentieren, da wir uns auf ein derartiges populistisches Niveau nicht begeben möchten. Aber die vorgenannten Aussagen haben uns dennoch zu diesem Schreiben bewogen, um Ihnen mal über die Grenzen des Wirkungskreises Ihrer kleinen Partei hinaus das Wirken unserer Kommunen darzulegen. Es hat nämlich den Anschein, dass Sie die südlichen Landesteile, die durch den Wirkungskreis Ihrer Partei nicht erfasst werden, noch nie besucht haben. Dann wüssten Sie nämlich, dass unsere Gemeinden (und die Gemeinden des Amtes Moorrege seien hier nur als Beispiele genannt) im Rahmen der Metropolregion Ham-

burg sehr viele Aufgaben selbst übernehmen, die den umliegenden Städten in großen Maßen dienen. Neben der Erholungsfunktion der Stadtbevölkerung sei hier erwähnt, dass immer mehr Einwohner der Städte ein großes Interesse haben, in unsere Gemeinden zu ziehen. Die Infrastruktur unserer Gemeinden entwickelt sich sehr stark abhängig von den Strukturen, Zielen und Bedürfnissen der umliegenden Städte. Das zieht nicht nur Vorteile, sondern auch große Herausforderungen für unsere Gemeinden mit sich. Unsere Gemeinden erledigen nach wie vor vorwiegend eigene Aufgaben. Als Beispiele seien hier die Breitbandversorgung, der Ausbau der Kindergarten- und Schulfunktionen, die Unterhaltung der gemeindlichen Einrichtungen und die Ausweisung weiterer Bau- und Gewerbegebiete genannt. Unsere meisten Aufgaben aus dem Bereich der Selbstverwaltung erledigen wir ohne Hilfe der umliegenden Städte, obwohl diese in hohem Maße davon profitieren. Wir empfehlen Ihnen, ein Blick in die Haushalte der Städte und in die Niederschriften der entscheidenden Gremien der Städte zu werfen. Dann würden auch Sie erkennen, dass die Schuld für die finanzielle Schieflage der Städte nicht bei den Umlandgemeinden zu suchen ist. Die Schuldenlast der Städte hat ihren Ursprung nicht darin, dass diese nur Aufgaben erledigen müssen, von denen unsere Gemeinden auch profitieren. Das tun wir auch in einigen Bereichen. Es wird also nicht abgestritten und wie bereits erwähnt, erfolgt der Profit auch gegenteilig. Vielmehr liegt der Schuldenstand darin begründet, dass Entscheidungen im Rahmen der Selbstverwaltung für die eigene Stadt getroffen worden sind, die ohne Gedanken über Nachhaltigkeiten oder weitere Konsequenzen getroffen wurden. Weiter führen die günstigere Besoldungsstruktur, flachere Hierarchien, stärkere Rolle des Ehrenamtes, direkte demokratische Kontrolle sowie größere Bürgernähe, Flexibilität und Kreativität dazu, dass die Ämter und ihre Gemeinden kostengünstiger arbeiten.

Es ist wenig förderlich, wenn Vertreter der im Landtag vertretenden Parteien derart populistische, weitestgehend unbegründete und nicht den tatsächlichen Umständen entsprechende Äußerungen von sich geben, die einem möglicherweise kommenden Diskussionsprozess zur kommunalen Struktur in Schleswig-Holstein nur im Wege stehen. Es scheint nun klar zu sein, welchen Weg der SSW beschreiten möchte. Wir hoffen daher eindringlich, dass Sie sich über die kommunale Struktur in unseren Kreisen und die Art und Weise der hervorragenden Zusammenarbeit zwischen den einzelnen kommunalen Einrichtungen zum Wohle ihrer Einwohner informieren werden. Vielleicht sind Ihre Worte auch nur dem Umstand geschuldet, dass Ihre Partei in das Regieren erst mal hineinwachsen muss und Erfahrungen und Hintergründe über den Norden des Landes hinaus sammeln muss. Abschließend bleibt die Hoffnung auf die Rückkehr zu einer sachlichen Diskussion innerhalb der kommunalen Familie, wozu wir Sie durchaus auch gerne zählen würden. Bis dahin verbleiben wir in diesem Sinne

mit freundlichem Gruß

Ute Ehmke (Bürgermeisterin Groß Nordende)	Günther Laudan (Bürgermeister Neuendeich)	Jürgen Neumann (Bürgermeister Heist)

Südschleswigscher Wählerverband

Amt Moorrege
E 14. Nov. 2012

An die Bürgermeister
der Gemeinden des Amtes Moorrege
Amtsstraße 12
25436 Moorrege

Ø LVB
Ø BGM 3x

- Frau Ute Ehmke
- Herr Günther Laudan
- Herr Jürgen Neumann

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg
Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 144 08 305

E-mail: landtag@ssw.de

Kiel den 13.11.2012

Rede vom 27.09.2012 vor dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zum Gesetzentwurf zur Fortentwicklung der Konsolidierungshilfe

Sehr geehrte Frau Ehmke, sehr geehrter Herr Laudan und sehr geehrter Herr Neumann,

die zugegebenermaßen zuspitzende Formulierung in meiner Rede hatte zum Hintergrund, dass die alte schwarz-gelbe Landesregierung seinerzeit den hoch verschuldeten großen Kommunen nur dann eine Hilfestellung geben wollte, wenn sie sich dem völligen Diktat der Regierung unterwerfen würden und quasi ihre kommunale Eigenständigkeit aufgeben. Hintergrund dieser Handlungsweise seitens der alten Landesregierung war die Sichtweise, dass die betroffenen Kommunen wohl eher selbst Schuld an ihrer eigenen Misere seien. Diese Auffassung teile ich nicht, da ich durchaus sehen kann wie viele Aufgaben durch die größeren Städte auch gerade für ihr Umland mit erbracht werden. Dieser Verantwortung können und wollen sich die größeren Städte auch nicht verweigern. Deshalb wird die neue Landesregierung auch glücklicherweise anders mit diesen Kommunen umgehen.

Es ist dringend an der Zeit, einmal über die überregionalen Leistungsangebote der städtischen Kommunen bzw. größeren Organisationseinheiten und die "Leistungsfähigkeit" der ländlichen Kleinst-Kommunen zu reden. Wer stellt die täglich benötigten und von der Bevölkerung gewünschten teuren Angebote, wie zum Beispiel Schwimmbäder, Theater, Museen, Bibliotheken, Stadien, Gewerbegebiete, Jugendzentren, Streetworker usw., tatsächlich bereit? Das sind fast ausnahmslos die Städte.

SSW IM LANDTAG

Die derzeitige Kleinstteiligkeit ist überholt und der tatsächliche Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der kleinen Kommunen geht tatsächlich gegen Null. Die einzige Hilfskrücke, die derzeit besteht ist, dass Ämter oder Zweckverbände eigentliche gemeindliche Aufgaben übernehmen und so dann Gemeindevertreter keine direkte Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen im zuständigen Amtsausschuss oder der Zweckverbandsversammlung mehr haben. Somit haben nur wenige direkt gewählte Mandatsträger aus den jeweiligen Kommunen wirklich direkte Einflussmöglichkeiten – alle anderen bleiben bei Entscheidungsprozessen draußen vor. Wenn der SHGT zukunftsfähig handeln und kommunale Selbstverwaltung tatsächlich will, dann führt an tiefgreifenden (Verwaltungs-)Strukturmaßnahmen, hin zu größeren Verwaltungseinheiten kein Weg mehr vorbei. Die Kleinteiligkeit ist ein Grund dafür, dass die ehrenamtliche Bereitschaft, in quasi zuständigkeits- und kompetenzlosen Gemeindevertretungen mitzuwirken, rapide sinkt.

Zudem müssen gleiche interkommunale Probleme auch gleich geregelt sein (Schulformen, Schülerbeförderung, Straßenstandards, Fremdenverkehrsabgaberegelungen, Gewerbesteuern, Hundesteuern usw.) - Ansonsten lebt der jeweils Eine auf Kosten des jeweils Anderen und das kann nicht wirklich gewollt sein.

Lars Harms
Vors. des SSW im Landtag